Abend-Ausgabe

113. Jahrgang

Leipziger Tageblatt und Handels-Zeitung

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig

Nr. 123 | Hauptschriftleiter: Dr. Everth, Leipzig | Sonnabend, den 22. März | Verlag: Dr. Reinhold & Co., Leipzig | 1919

Eine ungarische Sowjetrepublik

Ungarn im Kriegszustand mit der Entente?

Wien, 22. März. (Drahtber.) Aus Budapest sind hier Nachrichten eingetroffen, daß sich Ungarn seit gestern nachmittag mit der Entente im Kriegszustande befindet. Eine Nachprüfung der Nachrichten war unmöglich, da Telephongespräche mit Budapest nicht gestattet werden.

Budapest, 22. März. (Drahtbericht.) Es steht fest, daß die Sozialisten mit den Kommunisten eine Einigung herbeigeführt haben. Das neue Kabinett wird sich auf bolschewistischer Grundlage bewegen. Für abends wurde die Ausrufung der ungarischen Sowjetrepublik erwartet. Die neue Regierung hat angeblich Verbindung mit der Moskauer Regierung angeknüpft und ein Bündnis mit dem Sowjet-Rußland sofort ins Werk gesetzt. Drei Abgeordnete der Leninschen Regierung sollen in Budapest weilen und die Mitteilung gemacht haben, daß die Rote Armee auf der Linie Brody—Stanislau angekommen sei und sich im Anmarsch auf Lemberg befinde. Desgleichen teilten die Russen mit, daß Budapest in 14 Tagen mit der Ankunft der Roten Armee rechnen könne. Gleichzeitig haben sich in dem von Tschechen besetzten Ober-Ungarn an verschiedenen Stellen Meutereien slowenischer Truppen ereignet, die von tschechischen Truppen mit blanker Waffe bekämpft werden mußten. Es wird als sicher angenommen, daß die slowenischen Formationen sich mit den heranrückenden Sowjettruppen verbrüdern werden.

Die Katastrophenpolitik des Grafen Karolyi

Wien, 22. März. (Drahtbericht unseres Sonderberichterstatters.) Der Umschwung in Ungarn zur bolschewistischen Räterepublik nach russischem Muster wird in eingeweihten Kreisen als das Werk der Entente bezeichnet und als eine Folge der katalinischen Politik des Grafen Michael Karolyi, der Ungarn auf Gnade und Ungnade geradezu in die Hände der Entente gespielt hat. Die Politik Karolyis hat immer weiter nach links getrieben, so daß jetzt eine Koalition der Mehrheitssozialisten und Kommunisten, Terror und Diktatur, die Macht an sich gerissen hat. Der bekannte Kommunistenführer Bela Kuhn, der bei den letzten Kommunistenputschen verhaftet und von der Polizei beinahe gelyncht worden wäre, ist aus dem Gefängnis befreit und zum Minister des Aeußern gemacht worden. Seit zwei Tagen erscheinen keine Zeitungen. Die linksgerichtete politische Bewegung macht bei der Masse reißende Fortschritte. Ungarn, das früher nichts von Hungersnot zu spüren hatte, steht am Abgrunde der Ernährungspolitik. Serbisches und rumänisches Gebiet senden keine Lebensmittel mehr nach Ungarn. Die Arbeitslosigkeit nimmt überhand. 20 000 Arbeitslose forderten von dem Wohlfahrtsminister eine sofortige Aushilfe von 500 Kronen, 30prozentigen Abbau der Lebensmittelpreise und Zahlung der Miete durch den Staat. Als der Wohlfahrtsminister sagte, diese Forderung nicht ohne den Ministerrat bewilligen zu können, bemächtigte sich der Massen politische Leidenschaft. Die sozialistischen Minister haben die Massen nicht mehr in der Hand. Die Dinge drängen zum Ende.

Karolyis Abdankungsproklamation

Wien, 22. März. (Drahtbericht.) Die Proklamation des Grafen Karolyi an das ungarische Volk lautet, wie das ungarische Korr.-Bureau meldet, folgendermaßen:

An das Volk Ungarns!

Die Regierung hat abgedankt. Jene, die bisher auf Grund des Volkswillens und mit Unterstützung des ungarischen Proletariats regiert haben, haben eingesehen, daß die zwingende Gewalt der Verhältnisse einen neuen Kurs fordert. Die Ordnung der Produktion kann nur dann gesichert werden, wenn das Proletariat die Macht übernimmt. Nebst drohender Anarchie in der Produktion ist auch die außerpolitische Lage Ungarns eine kritische. Die Pariser Friedenskonferenz hat im geheimen dahin entschieden, daß sie beinahe das ganze Gebiet Ungarns militärisch besetze. Die Ententekommission hat erklärt, daß sie die Demarkationslinie fortan als politische Grenze betrachte. Die ferneren Besetzungen des Landes verfolgen offenbar den Zweck, daß man Ungarn zum Aufmarsch- und Operationsgebiet gegenüber der an der rumänischen Grenze kämpfenden russischen Sowjetarmee machen will. Das uns geraubte Land aber soll der Sold der rumänischen und tschechischen Truppen sein, durch welche man die russische Sowjetarmee niederringen lassen will. Ich als provisorischer Präsident der ungarischen Volksrepublik wende mich gegenüber der Pariser Friedenskonferenz an das Proletariat der Welt um Gerechtigkeit und Unterstützung. Ich danke ab und übergebe die Macht an das Proletariat der Völker Ungarns.

gez. Karolyi.

Revolution in Budapest?

Wien, 22 März. (Eig. Drahtbericht.) Nach einer Meldung des „Telegraaf" aus Preßburg sind dort gestern abend Flüchtlinge aus Budapest eingetroffen, die berichten, daß in Budapest gestern die Revolution ausgebrochen sei. Die Polizeigewalt in der Hauptstadt wurde von den Kommunisten übernommen. Die Haltung der Truppen in den Kasernen war bei Abgang des letzten Zuges nach Preßburg noch unsicher. Hinter Preßburg wurden die Telephonverbindungen mit Budapest durchschnitten.

Französischer Wirtschafts-imperialismus am Rhein

Betrachtet man die wirtschaftliche Seite der Annexion Elsaß-Lothringens durch Frankreich, dann bleibt in der Regel der Blick in erster Linie haften auf der Tatsache, daß durch diese Annexion Deutschlands Monopolstellung auf dem Kaliweltmarkte durchbrochen ist. Diese Tatsache wiegt auch wahrlich schwer genug. Denn die elsässischen Kalilager können, wenn man den Jahresbedarf der Zeit vor dem Kriege der Berechnung zugrunde legt, den Weltbedarf für mehr als ein Jahrhundert decken und haben dank ihrer Lage zur Rheinwasserstraße Frachtverhältnisse zum Ausland, von deren Bedeutung man sich bisher zu wenig Rechenschaft gegeben hat, weil die natürlichen Verhältnisse durch die Frachtberechnung, wie sie im deutschen Kaligesetz festgelegt war, völlig verhüllt und in ihr Gegenteil verkehrt waren. In Wirklichkeit aber liegt die Sache so, daß die auf Bahnfracht angewiesenen mitteldeutschen Werke für die überseeische Versorgung, ja selbst für die Versorgung der nordischen Länder, schlechterdings konkurrenzunfähig werden, ganz abgesehen von der Kapitalentwertung, die der ganzen deutschen Kaliindustrie in ihrem heutigen überkapitalisierten, ganz auf die Unzerstörbarkeit des Monopols aufgebauten Zustande droht.

Man denkt ferner an die Verluste der deutschen Schwerindustrie, die durch die Einbuße der lothringischen Minettefelder bedingt sind, wird sie aber wohl überschätzen, da die inneren Verhältnisse des Austausches der beiden Wirtschaftsgebiete an der Mosel und an der Ruhr nicht genügend beachtet und die Gegenseitigkeit der Abhängigkeit nicht richtig gesehen wird, die eine Zerstörung der wirtschaftlichen Zusammenhänge unmöglich macht, wenn auch eine dazwischen sich einschiebende Grenze sie erschweren kann. Und man denkt an den Verlust der Saarkohlen, der infolge der scharfen französischen Agitation für die Annexion auch dieses Gebietes besonders bedrohlich erscheint, es für ganz Süddeutschland bis weit nach Bayern hinein, das natürliche und infolge eigenen Mangels unbedingt bedürftige Absatzgebiet der Saarkohle, auch in der Tat ist.

Was aber in der Regel übersehen zu werden pflegt, ist die fast unüberwindliche Herrschaftsstellung, die sich der aufkeimende französische Wirtschaftsimperialismus im Rheingebiet zu schaffen bestrebt ist durch die Beherrschung der Rheinwasserstraße selbst und damit des Massengüterverkehrs und des rheinischen, d. h. aber zu einem guten Teil des deutschen Wirtschaftslebens im ganzen. Und doch liegen schon Anzeichen und Maßnahmen der Franzosen genug vor, um diese Gefahr als die allerdringlichste erscheinen zu lassen. Das sichtbarste dieser Anzeichen ist die Besetzung Kehls durch die Franzosen, die ja seither durch Maueranschläge als endgültig bekanntgegeben worden ist, und der Eifer, mit dem in Paris die Verhandlungen über die Internationalisierung der Rheinwasserstraßen betrieben worden sind.

Betrachten wir die Lage der Rheinschiffahrt, wie sie ist. Es gab deutsche Pläne, sie bis nach Basel und bis zum Bodensee durchzuführen; sie ist auch besonders von Mannheim aus schon vor dem Kriege auf dem unregulierten Rhein bis Basel durchgeführt worden. Aber eine große Zukunft hatte diese Schiffahrt auf dem unregulierten Strome nicht. Nun tritt, in überraschender politischer Machtstellung, Frankreich in die Reihe der Rheinuferstaaten ein: der bisherige Endpunkt der Schiffahrt kommt in französische Hände. Dieser Endpunkt, Straßburg, und ebenso das ganze Elsaß hat aber kein Interesse an der Regulierung des Stromes bis nach Basel. Das Interesse der Stadt und des Landes, das nun das Interesse Frankreichs wird, geht vielmehr dahin, sich das ganze Gebiet des oberen Stromlaufes als Hinterland zu erhalten, es durch Bahnen und Kanäle mit Straßburg zu verbinden und diesem Hafen so den ganzen gewaltigen Umschlagsverkehr für das Oberrheingebiet dauernd zu sichern. Oberhalb Straßburgs liegt keine einzige elsässische Stadt mehr am Rhein oder in seiner Nähe, so daß sie und das Land von der Rheinschiffahrt Nutzen ziehen könnte. Wohl aber bieten Rhein-Rhone- und Rhein-Marne-Kanal die denkbar beste Gelegenheit zur verkehrspolitischen Erschließung des ganzen Landes, vor allem des Kaligebietes, und auch zur verkehrspolitischen Einbeziehung der Schweiz in das Hinterland des Straßburger Hafens bis zu den Linien, wo die nach Triest und Genua gravitierenden Verkehrsgebiete beginnen. Und die Grundlagen dieser Stellung, die beiden Kanäle, die Elsaß und Lothringen von Straßburg aus der Länge nach durchziehen, sind, wenn auch in erweiterungsbedürftigem Zustande, bereits vorhanden!

Das kleine Elsaß-Lothringen hätte, auf sich selbst gestellt, im Rahmen des Deutschen Reiches diese Gunst der Lage größeren Allgemeininteressen zum Opfer bringen müssen, wie es ja auch schon während des Krieges der Ausdehnung der Oberrheinschiffahrt mit halber Freiwilligkeit zugestimmt hatte. Aber das größere und mächtigere Frankreich braucht nur sich allen Rheinregulierungsplänen gegenüber ablehnend zu verhalten, und die dauernde Grundlage seines Wirtschaftsimperialismus am Rhein ist da. Ein Mangel lag noch in der Beschaffenheit des Straßburger Hafens, der zu klein und nur schwer erweiterungsfähig ist, zumal wenn man die Festung als Ausfallspforte nach Deutschland erhalten will, wie es zweifellos in Frankreichs militärischen Absichten liegt. Da hilft nun die Annexion des vorgelagerten badischen Gebietes mit dem Rheinhafen von Kehl. Straßburg kann heute 900 Tonnen am Tage umschlagen, Kehl 20 000, und die Hafenanlagen sind noch, weil inmitten öden und landwirtschaftlich sowohl als auch zur Wohnsiedelung wertlosen Landes gelegen, sozusagen unbeschränkt entwickelungsfähig.

Ein Blick auf die Landkarte zeigt, was ein an dieses Hafengebiet angeschlossenes modernisiertes Kanalnetz, das im Zuge des heutigen Rhein-Rhone- und Rhein-Marne-Kanals nach Frankreich hineinführt, Straßburg einerseits mit Paris und Le Havre,

Frankreichs Entschädigungsforderungen nicht voll bewilligt

Genf, 22. März. (Eig. Drahtbericht.) „Humanité" meldet: Die französischen Entschädigungsforderungen sind in der Alliiertenkonferenz am Donnerstag nicht voll bewilligt worden.

London, 22. März. (Drahtbericht.) Ueber die Kriegsentschädigungen erfährt Reuter von autoritativer britischer Seite aus Paris, daß bisher nur darüber eine Einigung erzielt wurde, daß Deutschland jeden Pfennig zahlen muß, den es aufbringen kann, daß es aber nicht annähernd alles bezahlen kann. Die Sachverständigen haben sich über die Frage, bis zu welcher Grenze Deutschland zahlungsfähig ist, noch nicht geeinigt. Sobald eine Einigung hierüber erfolgt ist, wird das noch schwierigere Problem an die Reihe kommen, wie die zu entrichtende Summe zugewiesen werden soll. Man dürfe, sagt Reuter, nicht die Gefahr vergessen, daß Deutschland einfach den Dingen ihren Lauf lasse, eine Politik, die einige seiner Führer bereits anempfohlen hätten. Das wäre ein Schritt, der zwar auch Deutschland in Schwierigkeiten bringe, den Alliierten aber die größte Verlegenheit bereiten würde. Die Frage, innerhalb welcher Zeit die Entschädigung gezahlt werden würde oder könne, komme erst in zweiter Linie in Betracht. Einige Sachverständige sprächen von dreißig, andere von fünfzig Jahren. Wichtiger sei die Frage der Verzinsung des Kapitals. Alle Sachverständigen seien der Meinung, daß man eine wirklich befriedigende Entschädigung nur von einem blühenden Deutschland erwarten könne.

Der „Secolo" meldet aus Paris: In der Donnerstagsitzung der Alliiertenkonferenz wurde das Arbeitsprogramm für die Schlußsitzung festgesetzt. Danach sind noch 14 Tage Beratungen vorgesehen. Die Schlußsitzung dürfte voraussichtlich am Montag der ersten Aprilwoche stattfinden.

Amerika und Italien gegen das Friedensdiktat

Basel, 22. März. (Eig. Drahtbericht.) Die „Morning Post" meldet aus Paris: Die amerikanischen Korrespondenten erfahren, daß Amerika und Italien ihre Entscheidung der Gestaltung der neuen Polengrenze gegen Deutschland von der Zustimmung Deutschlands abhängig machen.

Die Entente gegen die Wendenbewegung

Prag, 21. März. (Drahtbericht.) Der Pariser Berichterstatter des „Vecer" meldet, daß bei der Entente keine Stimmung für die Angliederung der Lausitz an die tschechisch-slowakische Republik bestehe. Die Lausitzer Wenden würden also im Rahmen des Deutschen Reiches bleiben.

Die Neutralen und der Völkerbund

Paris, 22. März. (Drahtbericht.) Nach einer weiteren Havasmeldung über die Anhörung der Vertreter der neutralen Staaten durch den Ausschuß der Völkerbundskommission sprachen sich diese für einen von Leon Bourgeois im Namen Frankreichs eingebrachten Zusatzantrag aus, wonach eine zu schaffende Kommission Erhebungen über die Rüstungen der verschiedenen Staaten anstellen soll.

Auf den Wunsch neutraler Delegierter, daß internationale Streitfälle vor einen besonderen Versöhnungsausschuß gebracht werden sollten, ehe sie gemäß Artikel 12 dem Vollzugsrat unterbreitet würden, antworteten Cecil und Leon Bourgeois, daß der wesentliche Teil der Frage eingehend von der Kommission geprüft worden sei, die sich für die im Artikel 12 enthaltene Lösung entschieden habe.

Am Sonnabend wird die Kommission die von den Neutralen vorgeschlagenen Abänderungen erörtern.

Millerand — Oberkommissar von Elsaß-Lothringen

Basel, 22. März. (Eig. Drahtber.) Nach einem Pariser Bericht der „Neuen Korrespondenz" wurde in den Verhandlungen des Ministerpräsidenten Clemenceau mit Millerand wegen Uebernahme des Amtes eines Oberkommissars von Elsaß-Lothringen im Verlaufe des gestrigen Tages hinsichtlich der zu erfüllenden Aufgaben ein völliges Einvernehmen erzielt. Die Ernennung Millerands soll heute offiziell bekanntgegeben werden. Millerand war bekanntlich Kriegsminister im Ministerium Viviani, nachdem er schon früher im Frieden verschiedentlich Minister gewesen war und sich dabei von der sozialistischen Partei, zu deren Führern er einst zählte, immer mehr abgewendet hatte.

Um die Zukunft der Rheinlande

Köln, 22. März. (Eigener Drahtbericht.) In einer vom Reichsbund der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer einberufenen Versammlung sprach Stadtverordneter Gerlach aus Düsseldorf über die Zukunft der Rheinlande. Redner sagte, daß der Gedanke der Losreißung der Rheinlande weitere Kreise ziehe. Die Macher der rheinisch-westfälischen Republik handelten nicht im Interesse von Rheinland und Westfalen, sie wollten vielmehr einen Kirchenstaat und sich um die Folgen ihrer bisher verkehrten Politik drücken. Wenn ein Pufferstaat entstehe, werde man von beiden Seiten wirtschaftliche Schläge zu erwarten haben. Wenn man eine Volksabstimmung zubilligte, so sei gewiß, daß die Abstimmung im Beichtstuhl beeinflußt würde. Der Versammlungsleiter teilte mit, daß augenblicklich eine geheime Agitation für die rheinisch-westfälische Republik getrieben werde, indem man behaupte, daß man sofort Butter und Speck genügend erhalte, wenn man sich für die Losreißung der Rheinlande erkläre.

Die nordbayerischen Selbständigkeitsgelüste

München, 22. März. (Eig. Drahtbericht.) Die Bestrebungen zur Losreißung Frankens von Bayern werden weiter mit allem Nachdruck betrieben. Der „Fränkische Kurier" in Nürnberg hat scheinbar die Führung übernommen. In einem neuerlichen Leitaufsatz schreibt dieses Blatt: Wir sind nach wie vor auf dem Sprunge Altbayern den Rücken zu kehren, es der Fremdherrschaft und seinem Schicksal zu überlassen, sobald das in der Landeshauptstadt unter der Asche weiterglimmende Feuer des Bolschewismus zu neuen Flammen emporschlägt, sobald die Landeshauptstadt Gewaltpolitik, Terror und Klassendiktatur an Stelle von Gesetz und Ordnung von einer Handvoll von der äußersten Peripherie des mitteleuropäischen Kulturkreises hergelaufenen Ochlokraten in ihren Mauern von neuem ersetzen läßt. Im Anschluß an diesen Aufsatz werden Zuschriften veröffentlicht, in denen es heißt: Fränkische Landsleute von der Altmühl bis zur Rhön, hört auf das Losungswort „Los von Bayern, das noch nie ein Hort der Freiheit und Gerechtigkeit für Franken war! In München ist im Gemeindekollegium demgegenüber eine Kundgebung beantragt worden, die sich gegen die Errichtung einer nordbayrischen Republik wendet und als Gebot der Stunde ein einiges, geschlossenes Bayern fordert.